

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 15. April 2010

Die Bürde der Bürger

Ein Viertel zahlt Dreiviertel – so sieht die Relation von abgabepflichtigen Bürgern zum Einkommenssteueraufkommen aus. Im vergangenen Jahr gab es 26 Millionen Lohn- und Einkommenssteuerpflichtige in Deutschland. Nimmt man das oberste Viertel dieser Gruppe heraus, also all die Bürger, die ein zu versteuerndes Brutto-Jahreseinkommen von mindestens 42.880 Euro erzielten, so zeigt sich, dass diese „Oberschicht“ rund 75 Prozent des gesamten Steueraufkommens finanziert hat. Das unterste Viertel hingegen, für das die Einkunftsgrenze bei maximal 11.480 Euro im

Jahr lag, steuerte gerade einmal 0,3 Prozent zum gesamten Steuerkuchen bei; 2008 waren es noch 0,2 Prozentpunkte mehr. Zu dieser Entwicklung beigetragen hat auch die im Jahr 2009 in Kraft getretene Senkung des Eingangssteuersatzes von 15 auf 14 Prozent. Unterm Strich sorgte aber hauptsächlich der progressive Steuertarif auch im vergangenen Jahr wieder für eine extrem hohe Steuerbürde bei den oberen Einkommensbeziehern, während die Bundesbürger mit niedrigem Einkommen vergleichsweise wenig zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beitragen.

In dieser Woche

Betriebsratswahlen: Betriebsräte sind nur in 10 Prozent aller Betriebe der Privatwirtschaft präsent. Doch da diese Form der Mitbestimmung in nahezu allen Großunternehmen praktiziert wird, profitiert unterm Strich fast die Hälfte aller Beschäftigten in Deutschland von dieser Interessenvertretung. Seite 2

Preise & Kosten: Die Preise für in Deutschland hergestellte gewerbliche Produkte haben 2009 zum Teil deutlich nachgegeben. Damit wurde der Anstieg des Jahres 2008 unterm Strich in etwa ausgeglichen. Seite 3

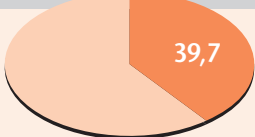
Lohnpolitik: Die Tarifpartner haben mit einer gemäßigten Lohnpolitik im vergangenen Jahrzehnt dazu beigetragen, die Zahl der Jobs deutlich zu erhöhen. So blieben die Lohnstückkosten über lange Zeit hinweg stabil. Auch in der aktuellen Krise gibt es keinen Grund, vom Pfad moderater Tarifabschlüsse abzuweichen, denn das sichert Jobs und damit auch die Konsumnachfrage. Seite 4-5

Griechenland: Mit dem Hilfspaket für Griechenland haben die europäischen Regierungschefs erst einmal Ruhe in die Anleihemärkte gebracht. Während es am 9. April noch 4,30 Euro kostete, 100 in griechische Staatsanleihen investierte Euro gegen einen Zahlungsausfall zu versichern, fiel diese Versicherungsprämie auf 3,53 Euro Anfang der Woche. Seite 6-7

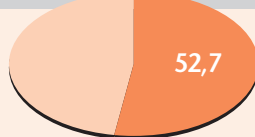
Fluggesellschaften: Die internationalen Airlines haben im vergangenen Jahr ihren größten Einbruch seit den Folgen der Anschläge vom September 2001 erlebt. Zwar dürften sich die Carrier in den kommenden Monaten schneller als erwartet erholen, doch der Wettbewerb wird sowohl in Europa als auch interkontinental immer schärfer. Seite 8

Einkommenssteuer 2009: Viele zahlen wenig

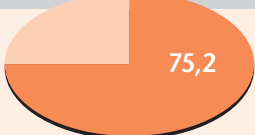
Die obersten 5 Prozent der Steuerzahler hatten jährliche Einkünfte von mehr als 87.910 Euro und zahlten so viel Prozent der Einkommenssteuern



Die obersten 10 Prozent der Steuerzahler hatten jährliche Einkünfte von mehr als 66.820 Euro und zahlten so viel Prozent der Einkommenssteuern



Die obersten 25 Prozent der Steuerzahler hatten jährliche Einkünfte von mehr als 42.880 Euro und zahlten so viel Prozent der Einkommenssteuern



Die obersten 50 Prozent der Steuerzahler hatten jährliche Einkünfte von mehr als 26.040 Euro und zahlten so viel Prozent der Einkommenssteuern



Die untersten 25 Prozent der Steuerzahler hatten jährliche Einkünfte von weniger als 11.480 Euro und zahlten so viel Prozent der Einkommenssteuern



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwkd 15

Betriebsratswahlen

Eine aufwendige Angelegenheit

Noch bis Ende Mai läuft die Frist für die alle vier Jahre stattfindenden Betriebsratswahlen. Zwar gibt es Betriebsräte nur in 10 Prozent aller Firmen der Privatwirtschaft, doch da diese Form der Mitbestimmung in nahezu allen Großunternehmen praktiziert wird, profitiert unterm Strich fast die Hälfte aller Beschäftigten in Deutschland von dieser Interessenvertretung.

Für Klaus Franz ist die Sache schon gelaufen: Der Opel-Gesamtbetriebsratschef bleibt nach der diesjährigen Betriebsratswahl für weitere vier Jahre im Amt. Auch bei VW, Daimler und bei ThyssenKrupp haben die Arbeitnehmer in den vergangenen Wochen über ihre künftigen Betriebsratsmitglieder abgestimmt. Doch nicht nur die Betriebsratsprominenz muss sich bis Ende Mai der Wiederwahl stellen. Gewählt wird derzeit in allen Firmen, in denen ein Betriebsrat existiert.

Grundsätzlich kann in jedem privaten Betrieb, in dem mindestens fünf Arbeitnehmer beschäftigt sind, ein Betriebsrat gegründet werden. Konkret sind also mehr als 24 Millionen Arbeitnehmer in mehr als 650.000 Betrieben aufgerufen, darüber abzustimmen, wer ihre Interessen gegenüber der Geschäftsleitung künftig vertritt.

Tatsächlich ist hierzulande der Verbreitungsgrad aber eher gering (Grafik):

Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland gibt es seit vielen Jahren lediglich in rund 10 Prozent der Firmen einen Betriebsrat.

Da mit wachsender Größe der Belegschaft jedoch auch die Wahrscheinlichkeit steigt, dass sich ein Betriebsrat gründet, liegt der Anteil der repräsentierten Arbeitnehmer deutlich darüber. So haben nahezu alle Betriebe in Deutschland, die mehr als 250 Mitarbeiter beschäftigen, einen

Betriebsrat. Bei Firmen mit weniger als 100 Beschäftigten liegt die Betriebsratsquote dagegen nur noch zwischen 30 und 40 Prozent.

Diese Quote ist zudem seit Jahren leicht rückläufig. vielerorts haben sich mittlerweile alternative Mitbestimmungsformen etabliert. So beraten und entscheiden etwa inzwischen in mehr als 15 Prozent der Unternehmen der Industrie und deren Verbundbranchen Geschäftsleitung und Beschäftigte gemeinsam am sogenannten Runden Tisch über wichtige unternehmens- und personalpolitische Belange (vgl. iwd 38/2008). Und in weiteren knapp 10 Prozent der Unternehmen haben sich die Beschäftigten für noch eine andere alternative Form der Interessenvertretung abseits der Betriebsverfassung entschieden.

All diese Varianten der Mitbestimmung haben den Vorteil, dass sie in der Regel vergleichsweise günstig sind – die Kosten für die Wahl und Bestimmung der Interessenvertreter sowie die Mandatsausübung können deutlich unter denen liegen, die ein klassischer Betriebsrat verursacht.

So ist etwa das Wahlprozedere für eine Betriebsratswahl, die alle vier Jahre ansteht, relativ aufwendig. Welche Regeln exakt gelten, hängt zunächst von der Betriebsgröße ab: Für Firmen mit bis zu 50 Mitarbeitern gilt beispielsweise ein vereinfachtes Wahlverfahren, das mit einer ersten Wahlversammlung beginnt, auf der der Wahlvorstand gewählt wird. Binnen einer Woche folgt dann eine zweite Wahlversammlung, während der der Betriebsrat in geheimer und unmittelbarer Wahl bestimmt wird. Sind sich Wahlvorstand und Arbeitgeber einig, kann dieses zweistufige Verfahren auch in Betrieben mit bis zu 100 Arbeitnehmern angewendet werden.

Komplizierter wird es in größeren Firmen: Hier bestellt ein bereits bestehender Betriebsrat zehn Wochen vor Ende seiner Amtsfrist einen Wahlvorstand, der sodann Wählerlisten erstellt. Dieser Wahlvorstand ist verantwortlich für den Wahlauftrag, er sammelt, prüft und veröffentlicht die Wahlvorschläge, organisiert die Stimmabgabe und Stimmauszählung und macht schließlich auch das Wahlergebnis bekannt.

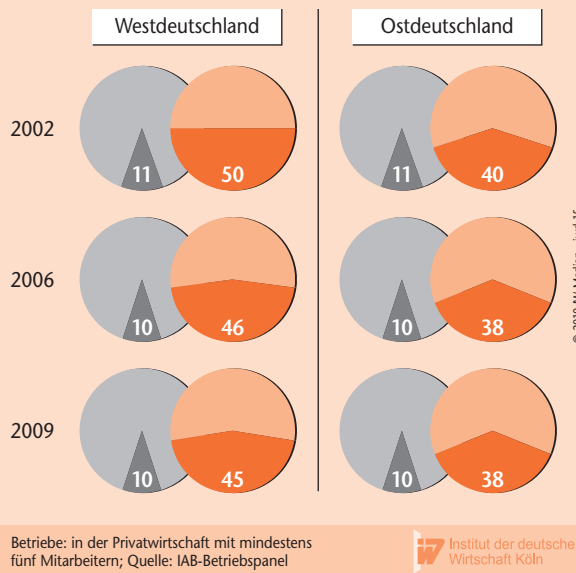
Erfahrungsgemäß ist die Wahlbeteiligung bei Betriebsratswahlen in den Betrieben, in denen überhaupt gewählt wird, relativ hoch:

Bei der letzten Wahl 2006 pilgerten durchschnittlich 74 Prozent der wahlberechtigten Arbeitnehmer zu den Urnen; vier Jahre zuvor lag die Beteiligung sogar bei fast 78 Prozent.

Arbeiter und Angestellte schätzen überdies Kontinuität bei der Wahrung ihrer Interessen. Zwei Drittel der im Jahr 2006 gewählten Betriebsratsmitglieder konnten bereits auf Erfahrungen einer vorangegangenen Amtsperiode zurückgreifen. Für die meisten Betriebsräte, die sich in diesem Jahr zur Wiederwahl stellen, sind das doch mal zur Abwechslung beruhigende Nachrichten.

Betriebsrat: In jedem zehnten Betrieb präsent

- ▲ So viel Prozent der Betriebe hatten einen Betriebsrat
- ▲ Diese Betriebsräte vertraten so viel Prozent aller Beschäftigten



Preise & Kosten: Auf Achterbahnfahrt

Die Preise für in Deutschland hergestellte gewerbliche Produkte haben im vergangenen Jahr zum Teil deutlich nachgegeben. Damit ist der Anstieg des Jahres 2008 unterm Strich in etwa aufgefangen. Wesentliche Gründe für das Auf und Ab der Erzeugerpreise waren die starken Schwankungen der Energiekosten sowie der jüngste Konjunkturéinbruch.

Die Inflationsrate ist in Deutschland nach ersten Schätzungen im März 2010 über die 1-Prozent-Marke geklettert. Dass die Verbraucherpreise wieder etwas stärker angezogen haben, liegt allerdings zum großen Teil an den kräftig gestiegenen Energiekosten. Ansonsten dämpft die nach wie vor schleppende Konjunktur die Preisentwicklung noch immer.

Dies gilt auch auf den vorgelagerten Preisstufen. So waren die Erzeugerpreise – diese zeigen, was Handels- und Industriefirmen für gewerbliche Produkte inländischer Hersteller zahlen müssen – im Februar 2010 um 2,9 Prozent niedriger als im Vorjahr. Damit hat sich die Entwicklung des Vorjahres fortgesetzt – im Durchschnitt des Jahres 2009 lagen die Erzeugerpreise um 4,2 Prozent unter dem Niveau von 2008.

Der Blick auf die großen Warengruppen macht deutlich, dass zuletzt lediglich die Preise für Investitionsgüter leicht angezogen haben. Ansonsten verbilligten sich gewerbliche Erzeugnisse zum Teil deutlich. So fielen die Preise für Produkte des Bergbaus sowie der Steine- und Erden-Industrie 2009 um 17 Prozent. Auch für im Inland erzeugte Energie mussten Firmenkunden im Schnitt gut 8 Prozent weniger zahlen als 2008.

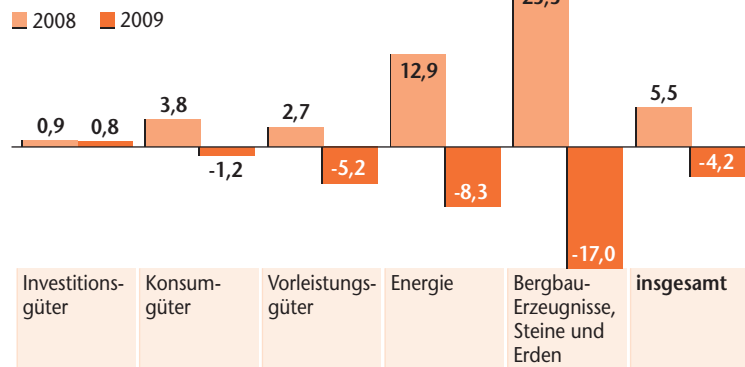
Die Preisrückgänge relativieren sich jedoch, wenn sie den Erhöhungen des Jahres 2008 gegenübergestellt werden. Diese Achterbahnfahrt ist zum einen auf die kräftigen Ausschläge bei den Energie- und anderen Rohstoffpreisen zurückzuführen. Zum anderen hat auch die Rezession 2009 den Erzeugerpreisen ihren Stempel aufgedrückt.



Die Konjunktur

Erzeugerpreise: Von der Krise gedrückt

Veränderung der Preise für gewerbliche, im Inland hergestellte Produkte gegenüber Vorjahr in Prozent

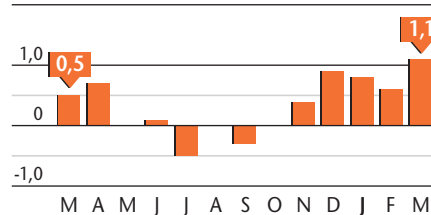


Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Verbraucherpreise

Monatswerte – Änderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent
März 2009 – März 2010



Jahreswerte – Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2007	2008	2009
2007	2,3		
2008		2,6	
2009			0,4

März 2010
Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent

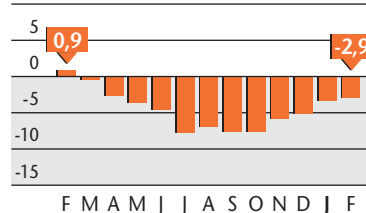
Verkehr	5,4
Alkohol, Tabak	3,3
Hotel, Gastronomie	2,1
Freizeit	1,0
Bekleidung, Schuhe	0,9
Gesundheitspflege	0,7
Haushaltsgegenstände	0,7
Nahrungsmittel	0,3
Mieten, Energie	0,2
Bildung	-1,0
Nachrichtenübermittlung	-1,8

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Erzeugerpreise

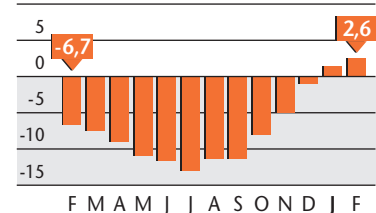
Monatswerte – Änderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent
Februar 2009 – Februar 2010



Jahreswerte – Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2007	2008	2009
2007	1,3		
2008		5,5	
2009			-4,2

Importpreise

Monatswerte – Änderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent
Februar 2009 – Februar 2010



Jahreswerte – Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2007	2008	2009
2007	0,7		
2008		4,6	
2009			-8,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Lohnpolitik

Arbeitsplätze beflügeln Kaufkraft

Die Tarifpartner haben mit einer gemäßigten Lohnpolitik im vergangenen Jahrzehnt dazu beigetragen, die Zahl der Jobs deutlich zu erhöhen. So blieben die Lohnstückkosten über lange Zeit hinweg stabil. Auch in der aktuellen Krise gibt es keinen Grund, vom Pfad moderater Tarifabschlüsse abzuweichen: Denn die private Konsumnachfrage lässt sich über den Weg der Beschäftigungssicherung eher stabilisieren als über Lohnsteigerungen.*)

Nix bliev, wie et wor! Unter dieses kölsche Motto könnte man auch die tarifpolitischen Entwicklungen der vergangenen zehn Jahre einreihen:

Bündnis für Arbeit. Im Januar 2000 einigten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber im Rahmen des von Bundeskanzler Gerhard Schröder moderierten Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit darauf, „den sich am Produktivitätszuwachs orientierenden, zur Verfügung stehenden Verteilungsspielraum für beschäftigungswirksame Vereinbarungen zu nutzen und notwendige branchenbezogene Differenzierungen vorzunehmen“.

Weil die Bündnisgespräche jedoch ohne konkrete Folgen blieben, drohte Schröder in seiner im März 2003 abgegebenen Regierungserklärung zur Agenda 2010: Der Gesetzgeber werde handeln,

wenn sich die Tarifpartner nicht endlich in weit größerem Umfang als bisher auf betriebliche Bündnisse einigten.

Die Androhung gesetzlicher Öffnungsklauseln zeigte dann Wirkung. In einigen wichtigen Branchen wie im Bankensektor oder in der Metall- und Elektro-Industrie einigten sich die Tarifparteien darauf, dass Firmen und Betriebsräte vom Flächentarif abweichende Lohnvereinbarungen treffen können. Am weitesten ging die M+E-Industrie. Dort stimmte die IG Metall im Februar 2004 sogar einer Präventivklausel zu:

Per Ergänzungstarifvertrag sind in der M+E-Industrie Abweichungen vom Flächentarifvertrag auch dann möglich, wenn dadurch die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovationsfähigkeit und die Investitionsbedingungen verbessert werden.

In anderen Wirtschaftszweigen dagegen sind die neu beschlossenen Öffnungsklauseln häufig nur für wirtschaftliche Notsituationen vorgesehen.

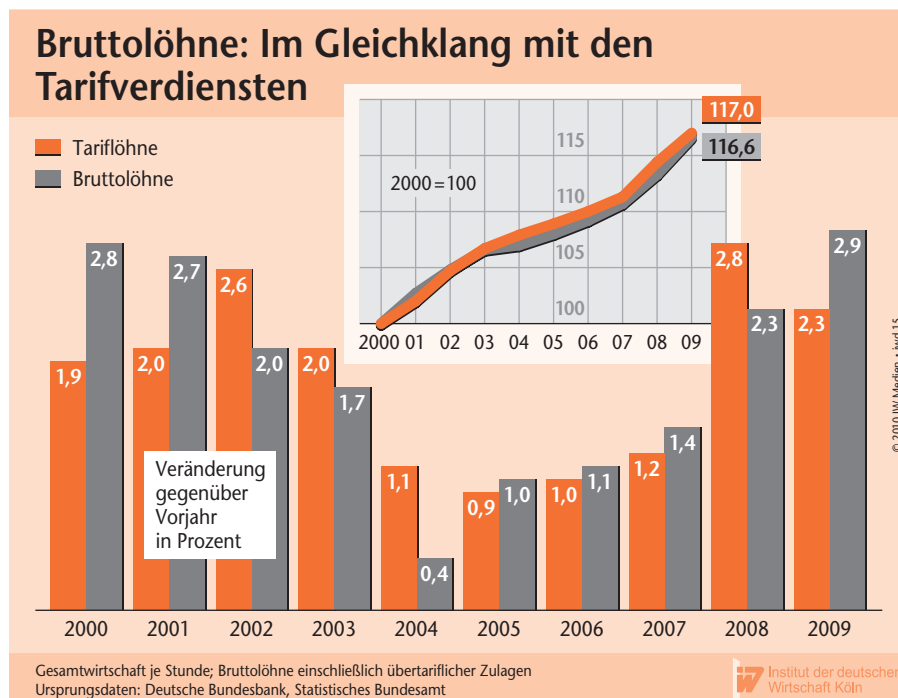
Arbeitgeberforderungen. Die Unternehmensverbände beschränken sich neuerdings immer weniger darauf, tarifpolitische Ansprüche der Gewerkschaften einfach nur abzuwehren. Zunehmend stellen sie eigene Forderungen – in denen sie z.B. auf längere Wochenarbeitszeiten (Baugewerbe, Öffentlicher Dienst) drängen oder – wie im Einzelhandel – reduzierte Zuschläge für Samstagsarbeit durchsetzen wollen.

Konkurrenz im Tarifsysteem. Zwei Trends kennzeichnen die Veränderungen im deutschen Tarifgefüge: Zum einen konkurrieren christliche Gewerkschaften zunehmend mit den DGB-Gewerkschaften – etwa im Bankgewerbe, in der Zeitarbeit oder im Kfz-Handwerk. Weil die christlichen Vereinigungen konzessionsbereiter sind als die DGB-Branchengewerkschaften, müssen auch IG Metall, ver.di und Co. in Tarifverhandlungen mehr Kompromisse eingehen.

Zum anderen haben sich im Verkehrs- und Gesundheitssektor Sparten-Gewerkschaften gebildet – wie die Pilotenvereinigung Cockpit oder die Lokführergewerkschaft GDL. Diese berufsgruppenbezogenen Organisationen sind sehr schlagkräftig und heizen den Wettbewerb um die besten Arbeitsbedingungen an.

Unterm Strich haben die strukturellen Veränderungen jedoch eher dafür gesorgt, dass die Lohnpolitik der vergangenen zehn Jahre das Prädikat „moderat“ verdient. Dies zeigt die Entwicklung wichtiger Lohnindikatoren:

1. Gesamtwirtschaftliche Lohnstückkosten. Die Arbeitskosten je Produktionseinheit sind zwischen 2000 und 2008 kaum gestiegen. Denn Arbeitskosten und Produktivität (das Verhältnis von Output und Arbeitseinsatz) legten fast im Gleichschritt zu. Deshalb verteuerte der Faktor Arbeit Güter und Dienstleistungen nicht.



*) Vgl. Hagen Lesch: Lohnpolitik 2000 bis 2009 – Ein informelles Bündnis für Arbeit, in: IW-Trends 1/2010

Im Jahr 2009 stoppte dieser Trend wegen des massiven Einsatzes von Kurzarbeit. Es wurde weniger produziert, während die Beschäftigung aber weitgehend stabil blieb – als Folge stiegen die Lohnstückkosten 2009 um 5,6 Prozent.

Auf den Zeitraum 2000 bis 2009 bezogen ergibt sich daher ein nominaler Lohnstückkostenanstieg von 7,0 Prozent.

Wenn sich die Kapazitätsauslastung im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs wieder verbessert und die Löhne weiter nur moderat steigen, dürfte sich diese Entwicklung umkehren – dann sinken die Lohnstückkosten und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe verbessert sich.

2. Lohndrift. Der Begriff steht für die unterschiedliche Entwicklung von Tariflöhnen und Effektivlöhnen. Letztere sind die von den Unternehmen tatsächlich gezahlten Bruttoentgelte – einschließlich übertariflicher Zulagen.

Ist die Lohndrift stark negativ, sind die tariflichen Lohnerhöhungen für die Unternehmen nur schwer verkraftbar – freiwillige Lohnkomponenten werden dann auf das tarifliche Plus angerechnet.

Seit 2000 stiegen die Tariflöhne im Durchschnitt aller Branchen je Stunde um 17 Prozent, die Effektivverdienste um 16,6 Prozent (Grafik Seite 4). Daraus ergibt sich eine leicht negative Lohndrift von minus 0,4 Prozent, was zeigt, dass die Betriebe mit den Tarifloohnerhöhungen in diesem Jahrzehnt im Großen und Ganzen leben konnten. Hinzu kommt:

- Zuletzt sind kaum noch Firmen aus den (insbesondere westdeutschen) Arbeitgeberverbänden ausgetreten. Die Zahl der Unternehmen, die einer Tarifbindung unterliegen, blieb damit weitgehend konstant.

- Die Firmen nutzten die Öffnungsklauseln in den Boomjahren 2006 bis 2008 seltener und bezahlten in der Regel nach Tarif und nicht darunter.

Als Kehrseite moderater Lohnzuwächse wird immer wieder beklagt, dass die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer wenig wachsen, was wiederum als Ursache für die schwache Entwicklung des privaten Konsums – und damit der Binnennachfrage – gesehen wird. Wer so argumentiert, verkennt jedoch, dass die Beschäftigungsentwicklung den

Produzenten- und Konsumentenlohn

Die Tarifparteien haben bei ihren Verhandlungen vor allem jeweils die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Auge. Allerdings können die für die Arbeitsnachfrage der Unternehmen relevanten realen Arbeitskosten (der sogenannte Produzentenlohn) und die bei den Arbeitnehmern verbleibenden realen Nettolöhne (Konsumentenlohn) auseinanderdriften. So können sich Lohnsteigerungen zwar in höheren (realen) Arbeitskosten niederschlagen, aber nicht in steigenden (realen) Nettolöhnen. Höhere Löhne verteuern dann den Faktor Arbeit, ohne dass die Beschäftigten mehr Geld zur Verfügung haben.

Deutlich wird dieser Zusammenhang beim Blick auf das vergangene Jahrzehnt. Preisbereinigt sind die Arbeitskosten der Unternehmen zwischen 2000 und 2009 im Durchschnitt aller Branchen je Stunde um 4,1 Prozent gestiegen. Die Nettolöhne je Arbeitnehmer hingegen sanken seit dem Jahr 2000 real um 4,9 Prozent.

Die Arbeitskosten wurden dabei mit dem BIP-Deflator bereinigt, der die Preisentwicklung aller im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen misst und damit ein gutes Maß dafür ist, welche Kostensteigerungen die Unternehmen über höhere Preise abwälzen können. Die Nettolöhne wurden mit dem Verbraucherpreisindex deflationiert. Hier misst man die Preisentwicklung für alle im Inland gekauften Güter, also auch die für die importierte Energie, um zu sehen, was die Arbeitnehmer tatsächlich mehr in der Tasche haben.

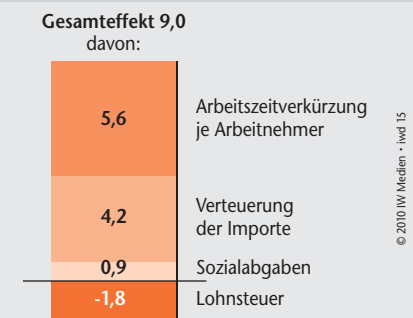
Im Ergebnis tut sich zwischen dem je Stunde gerechneten Produzentenlohn und dem je Arbeitnehmer berechneten Konsumentenlohn für den Zeitraum von 2008 bis 2009 eine Lücke von 9 Prozent-

Konsum stärker beeinflusst als die Reallohnentwicklung:

Pro Prozentpunkt Reallohnanstieg wuchs der private Verbrauch in Deutschland im Zeitraum 1992 bis 2006 um 0,3 Prozent. Stieg die Beschäftigung um 1 Prozent, nahm der Konsum dagegen um 0,8 Prozent zu.

Abgabenkeil: Der Staat hält sich zurück

Differenz zwischen realen Arbeitskosten je Stunde (Produzentenlohn) und realen Nettoverdiensten je Arbeitnehmer (Konsumentenlohn) von 2000 bis 2009 in Prozentpunkten



Arbeitskosten: Arbeitnehmerentgelt preisbereinigt mit dem BIP-Deflator; Nettoverdienste: preisbereinigt mit dem Verbraucherpreisindex
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2010 IWD Medien · iwd 15

punkten auf – die sich wie folgt erklären lässt:

- Fast zwei Drittel (5,6 Prozentpunkte) der Differenz entfallen auf eine – im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt je Arbeitnehmer – rückläufige Arbeitszeit. Gründe dafür sind die steigende Teilzeitquote, die Zunahme der geringfügigen Beschäftigung und Kurzarbeit. So ist die Teilzeitquote aller Arbeitnehmer zwischen 2000 und 2009 von 27 Prozent auf 34 Prozent gestiegen. Zuletzt wurden 4,9 Millionen Minijobber gezählt, im Jahr 2000 waren es erst 4,1 Millionen.

- Weitere 4,2 Prozentpunkte der Differenz hängen mit höheren Importpreisen etwa für Öl und Gas zusammen – die Konsumenten haben entsprechend an Kaufkraft eingebüßt.

- Der Staat hielt sich zurück: Leicht steigende Sozialabgaben wurden durch eine sinkende Lohnsteuerbelastung überkompensiert.

Außerdem schlugen sich Lohnerhöhungen zwar in höheren Arbeitskosten nieder, aber nicht unbedingt in einer entsprechenden Kaufkraft (Kasten). Vor allem steigende Energiekosten und sinkende Arbeitszeiten haben zuletzt einen Keil zwischen Produzenten- und Konsumentenlohn getrieben.

Erfinder auf Messe-Tour ...



... in Hannover

Gute Ideen muss man nicht nur haben, sondern auch in die Tat bzw. in Produkte umsetzen und erfolgreich vermarkten. Genau dies unterstützt das Projekt „SIGNO – Schutz von Ideen für die gewerbliche Nutzung“.

Das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie geförderte und vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln betreute Projekt hilft Unternehmen, Hochschulen und Erfindern bei der Entwicklung und Verwertung ihrer Ideen bis hin zur Produktentwicklung und -vermarktung.

Ob lasergesteuerte Anklapphilfe oder beweglicher Sonnenkollektor: Wie der Weg von der Idee über das Patent bis hin zum fertigen Produkt aussehen kann, können die Besucher der Hannover Messe in Kürze live nachvollziehen. Denn vom 19. bis 23. April präsentiert sich SIGNO erstmals auf dem Gemeinschaftsstand des Bundeswirtschaftsministeriums. Der SIGNO-Stand befindet sich in Halle 2/A 02 der mit über 200.000 Besuchern größten Industriemesse der Welt.

... in Genf

Ein wichtiger Baustein der SIGNO-Initiative sind die bundesweit 134 Erfinderclubs. Mit ihnen motiviert das Projekt zum einen Kinder und Jugendliche, ihrer Kreativität freien Raum zu lassen. Zum anderen können sich dort auch „echte“ Erfinder beraten lassen, wie sie ihre Geistesblitze in marktfähige Produkte umsetzen können.

Die 15 besten Ideen der Clubs sind im vergangenen Jahr bereits auf der Erfindermesse iENA in Nürnberg ausgezeichnet worden. Nun reisen sie weiter nach Genf. Dort präsentieren sich die SIGNO-Erfinderclubs erstmals außerhalb Deutschlands auf der 38. Genfer Erfindermesse vom 21. bis 25. April. Der jährlich stattfindende „Salon International des Inventions de Genève“ zählte zuletzt 65.000 Besucher und ist damit einer der weltgrößten Marktplätze für Erfindungen.

Weitere Informationen über das Innovationsprogramm gibt es unter: www.signo-deutschland.de
Kontakt: Kerstin Krey, Beate Treu
Telefon: 0221 4981-833, -839
E-Mail: krey@iwkoeln.de, treu@iwkoeln.de

Griechenland

Das Vertrauen fehlt

Quasi übers Wochenende haben die europäischen Regierungschefs mit dem Hilfspaket für Griechenland den Anleihemärkten eine Beruhigungspille verpasst. Während es am 9. April noch 4,30 Euro kostete, 100 in griechische Staatsanleihen investierte Euro gegen einen Zahlungsausfall zu versichern, fiel diese Versicherungsprämie auf 3,53 Euro Anfang der Woche. So richtig vertrauen die Finanzmärkte den griechischen Staatsfinanzen allerdings noch nicht – vor der Finanzkrise kosteten die Ausfallversicherungen weniger als 15 Cent.

Griechenland ist nicht das erste Land, an dessen Zahlungsfähigkeit plötzlich gezweifelt wurde. Im Frühjahr 2009 waren die Volkswirtschaften Osteuropas ins Visier der Anleger geraten. In einigen Ländern stieg die Kreditvergabe deutlich an. Die Schnelligkeit, mit der dies ablief, ließ an den Finanzmärkten Zweifel aufkommen, ob es sich dabei um solide Kredite handelte oder ob Osteuropa eine Finanzmarktkrise drohte.

Somit wurde es teurer, sich gegen Kreditausfälle von osteuropäischen Staatsanleihen zu versichern. Kreditausfallversicherungen (Kasten) etwa für polnische Anleihen kosteten am 1. März des vergangenen Jahres 3,7 Prozent des angelegten Wertes (Grafik Seite 7). Mittlerweile hat sich die Lage deutlich entspannt: Gegenwärtig liegt die Kreditausfallversicherung für polnische Anleihen

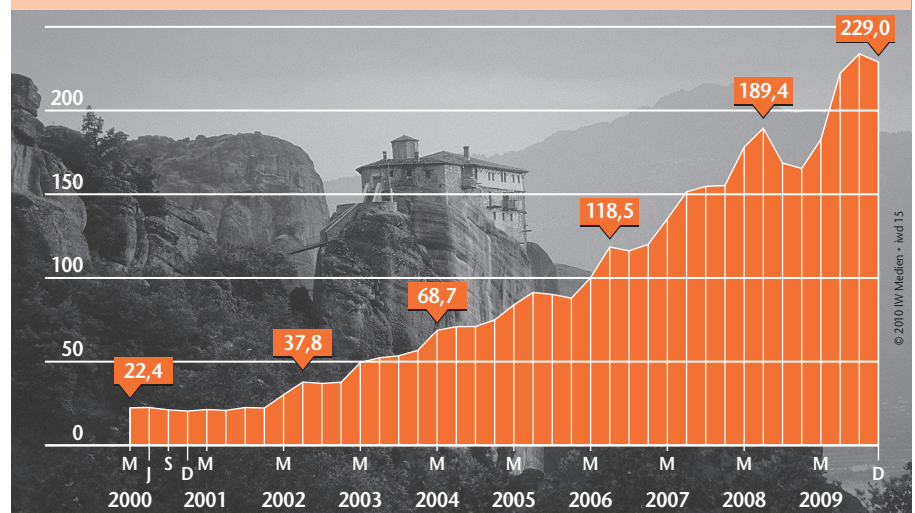
bei rund 1 Prozent. Hauptsächlich verantwortlich für diese Wende war der Internationale Währungsfonds. Er hat Polen eine Kreditlinie zugestanden – bisher hat sie der Staat aber nicht gezogen und wird dies in absehbarer Zeit wohl auch nicht tun.

In Griechenland sind die Staatsfinanzen dagegen marode – es ist somit wahrscheinlich, dass Athen auf das Rettungspaket zurückgreift, das die europäischen Regierungschefs geschnürt haben.

In der Vergangenheit hat sich Griechenland in großem Maßstab mit internationalen Anleihen finanziert. Die Einführung des Euro machte griechische Anleihen in den Augen vieler Investoren deutlich solider: Die Hellenen waren an den Maastrichter Vertrag gebunden, der den Euro-Staaten eine Neuverschuldung von maximal 3 Prozent des Bruttoin-

Griechenland: Im Ausland hoch verschuldet

Internationale Schuldverschreibungen des griechischen Staates, in Milliarden Dollar



Quelle: Bank für internationalen Zahlungsausgleich

landsprodukts (BIP) und einen Schuldenstand von höchstens 60 Prozent des BIP erlaubt. Zudem verschwand das Wechselkursrisiko, zumindest für Käufer aus dem Euroraum. Und Griechenland selbst erhielt durch die Gemeinschaftswährung einen günstigen und reibungslosen Zugang zu den internationalen Finanzmärkten – was das Land auch nutzte (Grafik Seite 6):

Zwischen 2001 und 2009 stieg das Volumen der internationalen griechischen Staatsanleihen um im Schnitt 30 Prozent jährlich – von 22 Milliarden Dollar auf 230 Milliarden Dollar.

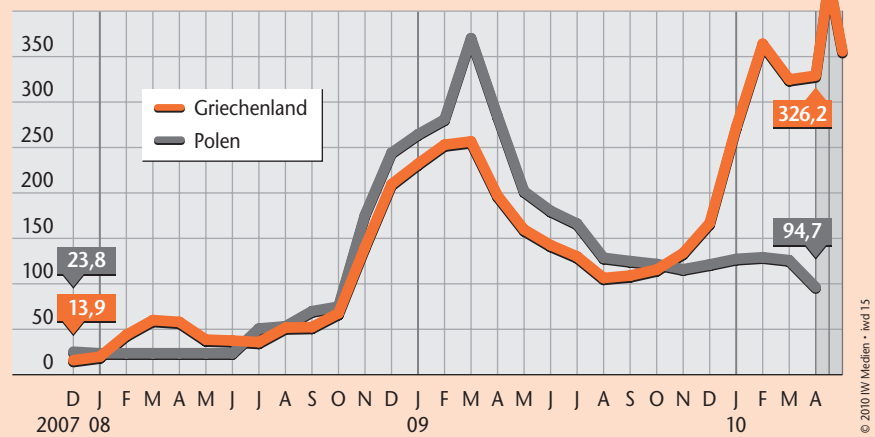
Doch seit der Finanzkrise sind Investoren wesentlich empfindlicher und überlegen sich genau, wo sie ihr Geld anlegen. Der Maastrichter Vertrag hat in ihren Augen kaum für Haushaltsdisziplin gesorgt. Zumindest Griechenland hat gezeigt, dass die Finanzpolitiker getrickt haben – und das brachte zusätzliche Unsicherheit.

Somit dürfte es für Staaten wie Griechenland schwieriger werden, sich Geld am Finanzmarkt zu besorgen. Denn manche Anleger kalkulieren in ihre Investitionsentscheidung spätere Risiken ein: Viele Volkswirtschaften, vor allem deren Rentenkassen, müssen künftig immense Lasten schultern, die ihnen durch die Alterung der Bevölkerung bevorstehen. Die zusätzlichen Verbindlichkeiten sind praktisch künftige Schulden. Weitsichtige Anleger könnten nun davon ausgehen, dass diese Staaten dann ihre Kredite nicht mehr bedienen können – und den Ländern deshalb bereits heute kein Geld leihen, jedenfalls nicht zu günstigen Konditionen.

Zudem gibt es Mutmaßungen, dass Spekulanten durch ihre Investitionen Preise nach oben oder unten bewegen und damit irreführende Signale setzen könnten. Im Falle Griechenlands richtete sich der Verdacht konkret auf Investoren, die Kreditausfallversicherungen erworben haben, obwohl sie gar keine griechischen Anleihen besaßen. Durch die erhöhte Nachfrage sind die Preise für die Versicherungen kräftig gestiegen. Das wiederum könnte anderen Investoren möglicherweise Angst gemacht haben. Denn die Geschäfte mit den Kreditausfallversicherungen spiegeln in der

Staatsanleihen: Wechselnde Sorgenkinder

So viel Euro kostet es, 10.000 in griechische bzw. polnische Staatsanleihen investierte Euro gegen einen Kreditausfall zu versichern



Werte: jeweils erster Tag des Monats
Quelle: Bloomberg

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Regel, was der Markt über die Griechen denkt. Kaufen plötzlich viele die Versicherungen, bedeutet dies, dass die Anleger der Zahlungsfähigkeit der Hellenen misstrauen. Schlimmstenfalls führt das zu einem Schneeballsystem.

Dies dürfte aber kaum der Fall gewesen sein. Denn bevor die Investoren die Anleihen kaufen, analysieren sie die Risiken und die Zahlungsfähigkeit eines Staates. Zudem dürften sie auch gut Bescheid wissen über Spekulanten, die absichtlich Preise nach oben treiben.

Wären die Prämien für Kreditausfallversicherungen wirklich nur durch Spekulationen in die Höhe geschossen, dann hätten sich sehr schnell Banken gefunden, die die Versicherungen für einen fairen Preis angeboten hätten.

Zwar ist mittlerweile die Gefahr gering, dass Griechenland trotz EU-Hilfe zahlungsunfähig wird. Allerdings muss das Land seine Finanzierungsprobleme lösen und die Öffentlichkeit davon überzeugen, um wieder etwas Ruhe in den Markt zu bringen.

Wie Kreditausfallversicherungen funktionieren

Eine Kreditausfallversicherung garantiert dem Besitzer einer Anleihe, einzuspringen, wenn der Emittent zahlungsunfähig ist.

Verkäufer. In der Regel sind es nur große Finanzmarktakteure wie etwa Banken, die Kreditausfallversicherungen anbieten. Denn die Institute sollten im Versicherungsfall auch die finanziellen Mittel haben, um zahlen zu können. Die Verkäufer der Kreditausfallversicherungen gehen davon aus, dass die Prämien, die sie verlangen, ausreichen, um das Risiko eines Versicherungsfalls abzudecken.

Käufer. Erworben werden Kreditausfallversicherungen von großen Banken und Unternehmen, Hedgefonds und anderen Großinvestoren. Für die Käufer ist aus ihrer Sicht das Risiko, dass der Anleiheausgeber nicht zahlen kann, so hoch, dass sich Prämienzahlungen rechtfertigen lassen.

Versicherungsfall. Kann der Emittent von Anleihen, zum Beispiel der griechische Staat, seine Schulden nicht mehr bedienen, greift die Kreditausfallversicherung: Der Versicherungsnehmer wird entschädigt, wobei sich die Höhe am Ausgabewert der Anleihe orientiert. Beispielsweise tauscht der Versicherungsnehmer die Anleihe komplett beim Versicherungsgeber gegen Bargeld in Höhe des Ausgabekurses der Anleihe ein.

Ein Käufer von Kreditausfallversicherungen muss allerdings nicht unbedingt auch eine dazugehörige Anleihe besitzen. Solche Akteure schließen letztlich eine Wette auf die Zahlungsunfähigkeit ab. Tritt diese dann auch ein, werden sie dennoch entschädigt – obwohl sie niemals eine Anleihe besessen haben. Und aus ihrer Sicht lohnt sich diese Wette, da diese Spekulanten den Versicherungsfall für relativ wahrscheinlich halten.

Fluggesellschaften

Harte Zeiten für die Lufthansa

Die internationalen Luftfahrtunternehmen haben im vergangenen Jahr den größten wirtschaftlichen Einbruch seit den Folgen der Anschläge vom September 2001 erlebt. Zwar dürften sich die Airlines in den kommenden Monaten schneller als erwartet erholen, doch der Wettbewerb wird sowohl in Europa als auch interkontinental immer schärfer.

Die etablierten Fluglinien stehen von allen Seiten unter Druck. Im Europaverkehr etwa steigen die Passagierzahlen der Billigfluggesellschaften auf immer neue Rekordhöhen. Auf dem britischen Markt fliegt schon etwa die Hälfte der Passagiere Low Cost, in Deutschland immerhin mehr als ein Viertel. Hierzulande ist vor allem die zweitgrößte heimische Gesellschaft Air Berlin ein Konkurrent des Platzhirschs Lufthansa. Die Air Berlin muss allerdings erst einmal aus den roten Zahlen kommen. Zudem ist sie eine Mischung aus Billig- und Linienfluganbieter und hat damit höhere Kosten als ihre angelsächsischen Wettbewerber.

Und von den Inseln jenseits des Kanals weht ein rauer Wind: Die Low-Cost-Marktführer Ryanair und Easyjet werden in den nächsten Jahren zahlreiche neue Flugzeuge erhalten und höchstwahrscheinlich zusätzliche Verbindungen einrichten – wenn es sich lohnt, auch Hamburg-München oder Berlin-Köln.

Für Adressaufkleber

Dabei hat gerade die irische Airline schon jetzt viele fliegende Fans (Grafik):

Gemessen an der Passagierzahl war Ryanair 2009 mit 65 Millionen die Nummer drei in Europa hinter der Lufthansa und Air France-KLM.

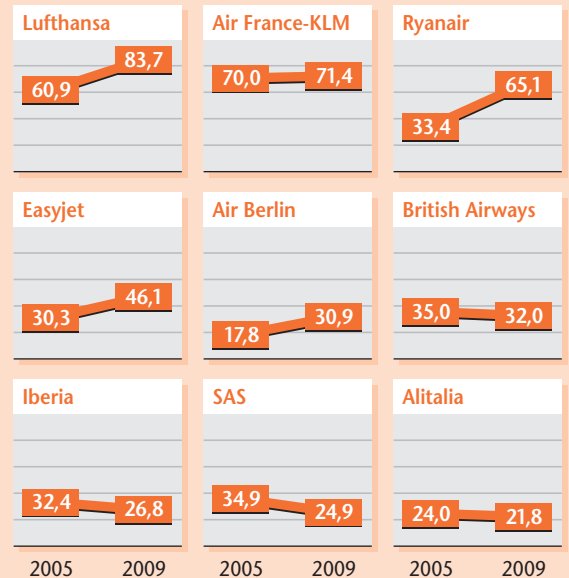
Rechnet man die Interkontinentalstrecken der großen Linien heraus, stehen die Iren schon jetzt an der Spitze, was die Fluggastzahl angeht. Selbst in der jüngsten Krise sind die Passagiere den Anbietern von Low-Cost-Flügen treu geblieben. In die Maschinen der Liniengesellschaften stiegen dagegen im vergangenen Jahr bis zu 6 Prozent weniger Gäste. Beim Umsatz liegen die Low-Cost-Carrier in Anbetracht ihrer geringen Ticketpreise und des fehlenden Langstreckengeschäfts zwar noch hinter den großen Airlines, doch auch hier wachsen sie stärker.

Dies relativiert die auf den ersten Blick respektablen Daten der Lufthansa: Nach der Übernahme der Austrian Airlines transportierte die Kranich-Linie im vergangenen Geschäftsjahr fast 84 Millionen Passagiere.

Bei näherem Hinsehen ist die Lufthansa aber allenfalls die Einäugige unter den Blinden. Denn sie musste 2009 einen Verlust von 112 Millionen Euro ausweisen; der Umsatz brach um 10 Prozent ein. Dass es nicht noch schlimmer kam, ist den Übernahmen sowie den Töchtern mit kostengünstigen Strukturen zu verdanken. Eine weitere Sorge: British Airways schließt sich gerade mit der spa-

Europäische Fluggesellschaften: Der Kranich fliegt voraus

Passagiere in Millionen



Teilweise Geschäfts- und nicht Kalenderjahr; Air Berlin: 2009 einschließlich LTU und Beteiligung an Niki; Lufthansa 2005: einschließlich Swiss; Lufthansa 2009: Konzern einschließlich Germanwings
 Ursprungsdaten: Angaben der Fluggesellschaften

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

nischen Iberia zusammen, die auf den Lateinamerikastrecken besonders gut im Geschäft ist. Die Lufthansa dagegen hat ihre ehemals starke Stellung auf dem Wachstumsmarkt Südamerika in den vergangenen Jahren verloren.

Im Asienverkehr bekommt die Lufthansa noch dazu vermehrt Konkurrenz von den Fluggesellschaften aus der Golfregion. So baut Emirates mit 58 bestellten und teilweise bereits ausgelieferten Riesen-Airbussen vom Typ A380 eine gewaltige Marktmacht auf und agiert außerdem von einem steuerfreien Heimatstandort. Die EU-Pläne, ab 2013 die Luftfahrt in den CO₂-Emissionshandel einzubeziehen, setzen die europäischen Carrier zusätzlich unter Druck: Die arabischen Airlines würden allein auf dem ersten Abschnitt von Europa in die Golfregion für den CO₂-Ausstoß bezahlen, auf dem Weiterflug gen Asien aber keine Zertifikate brauchen.